



## FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDS.  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SCHWEDISCH; HOLLÄNDISCH, SPANISCH UND IN ESPERANTO

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 19  
8. Jahrgang

5. Oktober 1940

Alle japanischen Gewerkschaften  
abgewürgt

(ITF) Es gibt keine Gewerkschaften mehr in Japan, der letzte Rest der Arbeiter-Organisationsfreiheit ist von den ostasiatischen Partnern der

Kriegsachse zertreten worden. Mitte Mai hatten die Beherrscher Japans die Gewerkschaften ultimativ zur Selbstauflösung aufgefordert und in den 6 Wochen nach diesem Ultimatum der japanischen Kriegsregierung an die Arbeiterorganisationen musste sich eine Gewerkschaft nach der andern auflösen.

Die Behörden verlangten, dass der Auflösungsbeschluss mit der Ankündigung ende: "die Mitglieder der aufgelösten Gewerkschaft beabsichtigen der 'Sangyo Hokoku Gyudan' (Dienst durch Arbeit)" beizutreten. Die meisten Gewerkschaften fügten sich auch dieser Forderung.

Die Organisation Sangyo Hokoku Gyudan besteht schon seit einigen Jahren, sie hatte sich aber bisher neben den Gewerkschaften nicht durchsetzen können. Jetzt wird sie vom japanischen Wohlfahrtsministerium ausgebaut, aber nicht zu einem staatlichen Gewerkschaftersatz, wie man ihn aus Italien, Spanien, Portugal oder Griechenland kennt, sondern zu einer Propaganda- und Ueberwachungsorganisation nach dem Vorbild der Deutschen Arbeitsfront; auch Unternehmer sollen der Sangyo Hokoku Gyudan beitreten.

Die sozialistischen Mitglieder der "Sozialen Massenpartei", die sich der nationalistischen Diktatorschwärmerei widersetzen, versuchten unter Führung des greisen Sozialisten Isao Abe, eine neue Arbeiterpartei zu gründen. Doch die "Kiuro Kokumin To" (Volkspartei der Arbeitenden) wurde sofort von der Polizei als "Gefahr für Ruhe und Ordnung" verboten.

Die Zerschlagung der Arbeiterorganisationen schien den Herrschern Japans eine Vorbedingung für ihr offenes Bündnis mit der Kriegsachse.

(Für die Red.: Siehe "Faschismus" vom 27. Juli 1940.)

Hitler fürchtet Bomben siehe die Beilage "Am Radio abgehört".Hitler organisiert die Ausplünderung EuropasPolnische Arbeiter erhalten  
Kriegsgefangenenlöhne

(ITF) Ein Teil der 300.000 in der deutschen Landwirtschaft beschäftigten polnischen Kriegsgefangenen wurde aus dem Gefangenenverhältnis entlassen, aller-

dings nur unter der Bedingung, dass sie weiter als Zivilarbeiter an ihrem Arbeitsplatz bleiben. Die Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft wurde vom deutschen Reklameministerium als Beweis für Hitlers Grossmut gefeiert; sie ist aber nur eine Sparmassnahme, die deutsche Armee will die Ausgaben für die Bewachung der über das Land verstreuten Kriegsgefangenen sparen. Seit Monaten versuchen die Nazis, die polnischen Zivilarbeiter als Sträflinge zu brandmarken. Polnische Arbeiter und Arbeiterinnen müssen in Deutschland "auf der rechten Brustseite jedes Kleidungsstücks", auf der Jacke, auf dem Pullover, auf dem Hemd den "Polenfleck" tragen: ein grosses P in einem violett umrandeten, 5 Zentimeter breiten Quadrat. Deutschen Bauern und Landarbeitern wird verboten, Polen als Arbeitskameraden zu behandeln, mit ihnen an einem Tisch zu essen, mit ihnen gesellig zusammen zu sein, mit ihnen zur Kirche zu gehen. Flugblätter werden in Arbeitervierteln verteilt, die davor warnen, Polen als gleichberechtigte Mitmenschen zu behandeln: Deutscher, der Pole kann nie Dein Kamerad sein! Der Pole ist jedem Deutschen unterlegen, sei gerecht wie ein Deutscher sein muss, aber vergiss nie, dass Du zu einem Herrenvolk gehörst! \* Und die neu festge-

setzten Löhne der polnischen Landarbeiter in Deutschland sind fast so niedrig wie das Entgelt, das für Kriegsgefangenen-Arbeit gezahlt wird.

Für den Gau Danzig-Westpreussen hat Hitlers Reichsstatthalter das jetzt wiederum ausdrücklich festgelegt. Alle nichtdeutschen Landarbeiter werden in diesem Gau genau so schlecht wie Polen entlohnt.

Deutsche und nichtdeutsche "Instmänner", d.h. verheiratete Landarbeiter, die im Jahresvertrag stehen und deren Entlohnung überwiegend aus Sachbezügen besteht, erhalten verschiedene Sachbezüge. Nichtdeutsche Landarbeiter erhalten (im Lohngebiet I) noch nicht halb so viel Getreide wie deutsche Landarbeiter. Der monatliche Barlohn beträgt

	im Lohngebiet			
	I	II	III	IV
für deutsche "Instmänner"	27,-- RM	20,-- RM	19,25 RM	18,50 RM
für Nichtdeutsche aber nur	18,-- "	16,-- "	14,-- "	12,-- "

Auch die deutschen ständigen Freiarbeiter erhalten höhere Sachbezüge als die nichtdeutschen. Die nichtdeutschen Landarbeiter erhalten weder Weizen noch Milch, weit weniger Getreide und Kohlen. Als Stundenlohn wird

	im Lohngebiet				
	I	II	III	IV	gezahlt,
deutschen Landarbeitern	22 Pfg	20 Pfg	19 Pfg	18 Pfg	
nichtdeutschen aber nur	16 "	15 "	14 "	13 "	

Neben freier Kost und Wohnung erhalten im Monat

	im Lohngebiet	
	I/II	III/IV
deutsche Knechte +)	41,25 RM	37,38 RM
nichtdeutsche +) aber nur	23,50 "	21,-- "

Neben freier Kost und Wohnung erhalten im Monat

	im Lohngebiet	
	I/II	III/IV
deutsche Mägde +)	26,-- RM	23,80 RM
nichtdeutsche +) aber nur	15,-- "	15,-- "

+ ) im Alter von 21 Jahren und darüber.

Die Frauen der deutschen Landarbeiter "sollen sich nach Möglichkeit zur Mitarbeit verpflichten", die Frauen der nichtdeutschen Landarbeiter aber sind alle "grundsätzlich zur Mitarbeit verpflichtet". Doch während die Frauen der deutschen Landarbeiter, falls sie als "deutsch" anerkannt werden, für jede Arbeitsstunde 25 Pfg erhalten, wird nichtdeutschen Frauen für die gleiche Leistung nur 18 Pfg gezahlt. Für Melken von je 20 l Milch erhalten deutsche Frauen 1 Liter Vollmilch, nichtdeutsche Frauen aber nur einen halben Liter.

Selbst die Kinder nichtdeutscher Arbeiter werden schlechter gestellt. Ein 15jähriger deutscher Jungarbeiter erhält im Monat 14 - 15,50 RM, ein nichtdeutscher Jungarbeiter aber nur 8,50 - 11,- RM. Ein 15jähriges deutsches Mädchen erhält im Monat 11,50 - 12,- RM, ein nichtdeutsches Mädchen aber nur 6,- RM.

Erwachsene nichtdeutsche Arbeiter erhalten 2 Tage, nichtdeutsche Jungarbeiter sogar 3 Tage weniger Urlaub als ihre deutschen Arbeitskollegen.

Schon die Kinder polnischer Arbeiter werden als Menschen zweiter Klasse behandelt.

(Für die Red.: Tarifordnung des Reichsstatthalters im Reichsgau Danzig-Westpreussen vom 25. Mai 1940. Reichsarbeitsblatt No. 16, Seite IV 618-25; siehe auch über Ostpreussen "Faschismus", 27.VII.40. Entlassung der Kriegsgefangenen: Deutsches Nachrichtenbüro, 27.VII.; Polenfleck: "Faschismus", 25.IV.40.; das erwähnte Flugblatt wurde u.a. am 17.IX. in Berlin verteilt)

### Nazis plündern in Holland

(ITF) Hitlers Reichskommissar hat den Holländern mitgeteilt, dass auf Grund einer von ihm erlassenen Verordnung jederzeit Vermögen beschlagnahmt werden kann, falls die Eigentümer "deutsch- oder reichsfeindliche Bestrebungen gefördert haben, fördern oder vermuten lassen, dass sie solche Bestrebungen in Zukunft fördern werden". - Schon die "Vermutung" der deutschen Besatzungsbehörden genügt... Mit dieser Gummibandverordnung können die Nazibehörden jede Organisation und jeden Mann streng gesetzlich bis zum letzten Cent ausplündern.

(Für die Red.: Um den 10. Juli veröffentlicht.)

### Arbeitsfront kürzt Polenlöhne

(ITF) Polen haben das Glück, nicht Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront werden zu dürfen. Viele deutsche Arbeiter beneiden sie darum, weil sie weder zu Naziversammlungen zu gehen noch den Nazi-Bozen Beiträge zu zahlen brauchen. Aber damit ist es jetzt aus. Im Gau Wartheland amtiert als Leiter der Deutschen Arbeitsfront der frühere Vorsitzende des Nazi-Studenten-

bundes. Als geschulter Jurist hat er sich überlegt, dass es nicht gerecht sein kann, den deutschen Arbeitern, die in der Arbeitsfront nichts zu sagen haben, Mitgliedsbeiträge abzuknöpfen, während die polnischen Arbeiter bloss weil sie nicht einmal Mitglied zu werden brauchen, beitragsfrei herumlaufen. Er schritt zur Tat: allen Polen im Gau Wartheland wird jetzt 2% ihres Bruttoverdienstes als "Soziale Betriebsabgabe für die Deutsche Arbeitsfront" abgezogen.

(Für die Red.: Die Abgabe wird seit dem 1. Juli 1940 erhoben.)

### Holländische Binnenschiffer werden nach Deutschland verschleppt

(ITF) Holländische Binnenschiffer führen nur sehr ungern unter deutscher Flagge. Die Verpflegung auf deutschen Schiffen ist zu schlecht,

die Arbeitszeit zu lang. Aber heute werden Holländer nicht mehr gefragt, ob sie nach Deutschland wollen oder nicht. Die deutschen Arbeitsämter haben die deutschen Rheinreeder aufgefordert, ihnen sofort mitzuteilen, wieviel holländische Binnenschiffer sie haben wollen.

Sobald die Aufforderungen eingelaufen sind, erhält der deutsche Reichskommissar im Haag den Auftrag, eine entsprechende Zahl holländischer Binnenschiffer nach Deutschland zu deportieren.

(Für die Red.: "Angriff", 12.IX.40.)

### Arbeiterkampf gegen das Hakenkreuz

#### Norwegens und Hollands Arbeiter wehren sich gegen Gleichschaltung

(ITF) In Norwegen und Holland wollen die Nazis die Arbeiter zur Anerkennung der Hakenkreuzherrschaft zwingen. Die Arbeiter Norwegens und Hollands sind germanischer Abstammung und nach Naziauffassung sollen die Arbeiter, die zur 'germanischen Herrenrasse' gehören, sich freiwillig der Hakenkreuzknechtschaft beugen. - Die/wollten die Arbeiterorganisationen zu Ueberwachungs- und Unterdrückungsorganisationen ausbauen, so wie sie in Deutschland auf den Trümmern der Gewerkschaften ihre Arbeitsfront errichtet haben. Doch die Arbeiter wehren sich gegen die Hakenkreuzherrschaft. Die Gewerkschafter Norwegens und die Sozialisten Hollands haben ihre Organisationen aufgelöst. Sie wollten ihre in mühevoller Arbeit aufgebauten Verbände lieber vernichten als von Nazis missbrauchen lassen. / Nazis

In Norwegen haben die Nazis sich ganz besonders um die Arbeiter bemüht. Zu seinem Vertreter in Oslo hat Hitler den westfälischen Gauleiter Terboven ernannt, der in der Hitlerpartei als Spezialist für radikal klingende Arbeiterpropaganda gilt. Als Terboven im April als Reichskommissar nach Oslo ging, nahm er einen Kölner Arbeitsfrontsekretär mit, der die Uebernahme der Gewerkschaften vorbereiten sollte.

Terboven bemühte sich um die Arbeiterpartei, die weitaus stärkste Partei Norwegens, die seit 1935 das Land regiert. Doch die in Norwegen gebliebenen Führer der Arbeiterpartei wollten sich den Nazis nicht zur Verfügung stellen und auch die andern grossen Parteien des Landes lehnten die Zusammenarbeit mit den Eroberern ab. Nur die "Nasjonal Samling", die 1933 gegründete Nazipartei, die in ihrer Bedeutungslosigkeit bei den letzten Wahlen noch nicht 2% der Wähler für sich gewinnen konnte, stellte sich den Nazis zur Verfügung. Quisling, der Gründer dieser Partei, hatte den deutschen Truppen durch Verrat den Weg zur Eroberung seiner Heimat gebnet, zur Belohnung wurde er zum Regierungschef ernannt. Die norwegischen Parteien weigerten sich, mit dem Verräter zusammen zu arbeiten und nach einer Woche musste er mit Schimpf und Schande abtreten.

Doch Berlin liess nicht locker. Weil die von der Arbeiterpartei geführte norwegische Regierung von London aus den Befreiungskampf organisiert, verlangt Hitlers Kommissar vom Norwegischen Parlament die Absetzung dieser Regierung und des Königs und Einsetzen einer Berlin genehmen Regierung. Alle Parteien lehnten dieses Ansinnen ab.

Da Ueberredung und Drohung versagten, griffen die Nazis zur Peitsche. Die Naziverwaltung löste (am 25. September) alle norwegischen Parteien auf, verbot Neugründung von Parteien und erklärte die Nasjonal Samling-Gruppe des Verräters Quisling zur alleinigen politischen Repräsentation des norwegischen Volkes; eine Gruppe, die gerade 26.000 Wähler für sich gewann, als Vertretung von 1 1/2 Million wahlberechtigter Norweger!

Sofort nach der Auflösung der Arbeiterpartei flogen die Aasgeier der Arbeitsfront aus Berlin nach Oslo. Ley erschien, um die Gewerkschaften zu übernehmen, unter der deutschen Verwaltung neu ernannte Leitung der Gewerkschaftszentrale forderte die Gewerkschaftsfunktionäre zu ruhigem Wei-

terarbeiten auf. Aber die Gewerkschafter wollten ihre Organisationen nicht den Nazis ausliefern.

In fast allen Ortsgruppen der grossen Gewerkschaftsverbände vernichteten die Funktionäre sorgfältig die Mitgliederlisten, verbrannten die Akten und Bücher. Vom Belt bis zum Nordkap haben die Gewerkschafter einheitlich gehandelt. Nichts blieb mehr zum Gleichschalten übrig. Die Nazis können die norwegischen Arbeiter in eine neue Organisation pressen, doch die Gewerkschaften können sie nicht mehr schänden.

In Holland hatten die Gewerkschafter keine Zeit mehr zur Selbstauflösung, der Ueberfall der Nazikommissare kam zu überraschend. Aber wenn die Nazis gehofft hatten, dass sich die holländischen Arbeiter willig der Leitung der Nazikommissare fügen würden, die Hitlers Statthalter für die holländischen freien Gewerkschaften und Arbeiterparteien eingesetzt hat, so haben sie sich getäuscht.

Zwei Monate nach der Gleichschaltung beklagt sich der zum Kommissar für die Arbeiterparteien ernannte holländische Nazi Rost van Tonningen bitter über "das Misstrauen der Arbeiter" gegen ihn und seinen Freund den Gewerkschaftskommissar.

Als die Truppen Hitlers in Holland einfielen, gab der Vorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei die Anweisung zur Stilllegung der Parteiarbeit. Die kleinen Funktionäre taten ihre Pflicht, sie haben die Gleichschaltung unmöglich gemacht. Sie haben die Mitgliederlisten verbrannt, die Beitragskassierung eingestellt und das noch vorhandene Geld auf zweckmässige Weise ausgegeben. Viele Ortsgruppen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei lösten sich formell auf.

Auch die Arbeiter-Jugendzentrale hat sich, noch bevor ein Kommissar auf ihrem Büro erscheinen konnte, dem Zugriff der Nazis entzogen und die Organisation aufgelöst.

Die Nazis versuchen jetzt, über eine neu gegründete Niederländische Sozialistische Arbeitsgemeinschaft die Hunderttausende holländischer Gewerkschafter und Sozialisten zu beeinflussen, deren Gesinnung sie nicht brechen konnten.

Der Kampf um die Seele der holländischen Arbeiter geht weiter.

(Für die Red.: Erklärung Terbovens vom 25.IX., Radio Oslo, 29.IX. Rede Rost van Tonningen, Radio Hilversum, 19.IX. Sonderinformationen über die Haltung der Funktionäre der Kommunistischen Partei Hollands und der Revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei Hollands liegen uns noch keine Mitteilungen vor; auch für diese Parteien ist van Tonningen Kommissar.)

### Lohnkampf gegen das Hakenkreuz

#### Lohnstop - aber Aktienkurse steigen

(ITF) Als Hitler seinen Krieg begann, hat er erneut ein Einkommenstop verkündet; er werde weder eine Erhöhung der Löhne noch des Unternehmereinkommens dulden, erklärte er. Doch

die Gewinne der deutschen Kriegsindustrie steigen, die Aktionäre können vergnügt feststellen, dass im ersten Kriegsjahr der Index der Aktienkurse an der Berliner Börse um 24% gestiegen ist - nur gegen die Arbeiter versuchen die Nazis, den Lohnstop mit allen Mitteln staatlichen Terrors durchzusetzen. Die Forderung der Arbeiter auf Zahlung von Teuerungszulagen wurde abgelehnt. Mit dem Herannahen des zweiten Kriegswinters verstärkten sich die Lohnforderungen der Arbeiter jedoch so sehr, dass die Diktatur es für geraten hielt, den durch Ueberarbeit und ständige Luftangriffe überreizten Arbeitern eine kleine Konzession zu machen. Der Ueberstundenzuschlag für die neunte und zehnte Arbeitsstunde wird den Arbeitern (seit dem 8. September) wieder ausgezahlt, die 10-Stundenschichtler haben einen halben Stundenlohn pro Tag mehr.

Die Zahlung von Ueberstundenzuschlägen war von den Nazis bei Kriegsbeginn gleichzeitig mit der Zahlung der Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit verboten worden. Nach 2 Monaten hatten die Arbeiter erreicht, dass die Zuschläge für Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit wieder gezahlt werden, einen Monat darauf mussten für die über 10 Stunden hinausgehende Arbeitszeit Ueberstundenzuschläge bewilligt werden. Die Zuschläge, die den Arbeitern für die neunte und zehnte Arbeitsstunde zustanden, sollten aber weiter an die Nazi-Kriegskasse abgeführt werden.

Am Ende des ersten Kriegsjahres haben die Arbeiter auch die Auszahlung dieser Zuschläge ertrugt und damit die Zahlung des vollen Vorkriegslohnes durchgesetzt. Der Kampf um Teuerungszulagen geht weiter.

Lohnbewegung der deutschen Arbeiterinnen

(ITF) In der ersten Zeit ihrer Herrschaft hatte die Nazidiktatur mit allen Mitteln Frauen aus ihrem Beruf verdrängt, aber als sie sich endgültig zur offenen Aufrü-

stung entschloss, trieb sie die Frauen in die Munitionsfabriken. Während der Umstellung der Wehrwirtschaft auf die Kriegswirtschaft stieg in den ersten Kriegswochen die Erwerbslosigkeit - als erste flogen Frauen auf die Strasse. Als die Kriegswirtschaft anlief, wurden die Entlassenen wieder beschäftigt und 200.000 Frauen als Zwangsarbeiterinnen rekrutiert; nach den letzten Mitteilungen sind 200.000 Frauen mehr beschäftigt als bei Kriegsbeginn.

Die Deutsche Arbeitsfront hatte den Frauen einst vollen Männerlohn für Männerleistung versprochen. "Es muss mit der Unterbewertung der Frauenarbeit aufgeräumt werden", donnerte das Sozialamt der Deutschen Arbeitsfront noch in seinem letzten Jahrbuch. Doch als bei Kriegsbeginn Hunderttausende deutscher Arbeiterinnen Männerarbeit übernehmen mussten, hat Hitlers Arbeitsminister ausdrücklich die Zahlung des vollen Männerlohns verboten. "Für die Dauer des Krieges muss eine grundsätzliche Reform des Frauenlohnes abgelehnt werden", erklärte das Arbeitsministerium. Der heftige Widerstand der Frauen gegen die schlecht bezahlte schwere Arbeit, vor allem die das Produktionsprogramm gefährdende Zunahme der Bummelschichten gerade in Kriegsbetrieben, liess die Diktatur einlenken. Handelskammern warnten die Regierung davor, sich auf Rekrutierung von Zwangsarbeiterinnen zu verlassen, mit dienstverpflichteten Arbeiterinnen hätte man zu schlechte Erfahrungen gemacht. Unter diesem Druck der Arbeiterinnen ordnete der Arbeitsminister schliesslich (am 15. Juni) an, dass eine "Prüfung der Lohnbedingungen der Arbeiterinnen" erfolgen soll. Doch da die Verzögerung der Produktion nur in der Kriegsindustrie schwerwiegenden Schaden anrichtete, hat sich, wie der Nazi-Arbeitsminister anordnete, "die Prüfung auf die besonders kriegswichtigen Wirtschaftszweige der Eisen- und Metallverarbeitung und der chemischen Industrie zu beschränken. Falls es sich als notwendig erweisen sollte, kann die Prüfung auch auf den Bergbau und das Eisen- und Metallhüttenwesen ausgedehnt werden. Die übrigen Wirtschaftszweige, wie insbesondere die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Nahrungsmittelindustrie, die Holz- und Papierverarbeitung sind nicht in die Prüfung einzubeziehen".

"Für typische Frauenarbeiten sind die bisher schon bestehenden Lohnsätze ausnahmslos beizubehalten. Unter typischer Frauenarbeit ist hierbei die Arbeit zu verstehen, die traditionsgemäss von Frauen verrichtet wird. Es sind die bestehenden Lohnbedingungen in der Regel auch dort nicht zu ändern, wo schon seit langem gleiche Arbeiten von Männern und Frauen verrichtet werden, die Frau jedoch eine andere Vergütung als der Mann erhält. Eine Heraufziehung der Frauenlöhne würde in diesen Fällen zweifellos Wünsche nach gleichzeitiger Erhöhung der Männerlöhne zur Folge haben". Auch wenn eine Frau Männerarbeit leistet, erklärt Hitlers Arbeitsminister, habe sie nur dann ein Recht auf vollen Akkordlohn, wenn ihr keine technischen Arbeitserleichterungen gewährt werden. Bei Zeitlohnarbeit sei den Arbeiterinnen keinesfalls mehr als 80% des entsprechenden Männerlohns zu zahlen.

"Die vorgesehene Lohnregelung ist somit im wesentlichen auf die Betriebe der Eisen- und Metallverarbeitung und der chemischen Industrie zu beschränken. Sie erfasst innerhalb dieser Betriebe nicht die Löhne für typische Frauenarbeit, sondern nur für die Arbeiten, die bisher von Männern und jetzt unter gleichen betriebstechnischen Bedingungen von Frauen ausgeführt werden. Sie hat endlich in erster Linie nur die angemessene Entlohnung bei Akkordarbeit zum Ziel.

"Diese wesentlichen Einschränkungen sind nötig, damit diese Sonderregelung nicht Anlass gibt zu einer allgemeinen Lohnerhöhung für Frauenarbeit, die zwangsläufig die Stabilität aller Löhne und Gehälter erschüttern würde. Der allgemeine Lohnstopp ist mit der gleichen Strenge wie bisher gegenüber allen übrigen Lohn- und Gehaltssätzen auch in bezug auf die Frauenlöhne durchzuführen".

Der Arbeitsminister des "starken Staates" hatte gesprochen.

Doch die Arbeiterinnen waren von diesem Machtwort anscheinend nicht sonderlich beeindruckt. Vierzehn Tage später musste den im Bergbau beschäftigten Frauen der Lohn von  $66 \frac{2}{3}$  auf 80% der Männerlöhne erhöht werden. 14 Tage später musste den Fach- und Hilfsarbeiterinnen im graphischen Gewerbe, in einem Beruf also, in dem keinesfalls eine Lohnerhöhung geduldet werden sollte, der Lohn auf 65% des Männerlohns heraufgesetzt werden!



Der Druck der Arbeiterinnen war stärker als der Befehl des Nazi-Arbeitsministers.

(Für die Red.: Jahrbuch des Sozialamts der Deutschen Arbeitsfront 1939, Seite 51; "Reichsarbeitsblatt", 15.III.40.; Erlass des Arbeitsministers vom 15.VI.40 im "Reichsarbeitsblatt" vom 25.VI.40.)

Lohnbewegung der Weinbergarbeiter

(ITF) Im Rheinland haben die Weinbergarbeiter unter Ausnutzung des durch Evakuierung und Einberufung entstandenen Arbeitermangels Teuerungszuschläge durchgesetzt. Aergerlich wendet sich der Reichstreuhandler der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Rheinland gegen die Arbeiter: "Den im Weinbau beschäftigten Gefolgschaftsmitgliedern werden vielfach Löhne gezahlt, die gegen die Bestimmungen des Lohnstops verstossen und daher keinesfalls gabiligt werden können... Die Stundenlöhne... dürfen nicht überschritten werden". Falls die Teuerungszuschläge nicht sofort gestrichen würden, werde er Arbeiter und Winzer

"empfindlich" bestrafen.

(Für die Red.: Deutsches Nachrichten-Büro, 24.VII.40.)

Sand ins Getriebe

(ITF) Die deutsche Presse hat monatelang kein Wort über Sabotageakte veröffentlicht dürfen.

Seitdem feststand, dass dem deutschen Volke ein 2. Kriegswinter bevorsteht, bricht sie das Schweigen und berichtet über Bestrafung von Saboteuren. Ob diese Veröffentlichungen erfolgen, weil die Sabotagefälle sich bereits häufen oder nur, weil die Diktatur bei der Stimmung der Arbeiter eine Zunahme der Sabotageakte befürchtet, bleibe dahingestellt. Auf jeden Fall sind diese Berichte ein Symptom der Stimmung der deutschen Arbeiterschaft.

Einen typischen Bericht sendet das Deutsche Nachrichten-Büro aus Braunschweig: ein 35-jähriger Arbeiter hat, "angeblich weil er zu viel Ueberstunden machen musste", Reibsand in die Oelzufuhr eines Lastkraftwagens geschüttet und dadurch das Getriebe schwer beschädigt.

Das Deutsche Nachrichten-Büro hält es bei der Stimmung der Arbeiter für angezeigt, auf eine Gelegenheit zur Sabotage wartenden Arbeitern mitzuteilen, dass Sand ins Getriebe werfen mit 9 Monaten Zuchthaus bestraft wird.

(Für die Red.: Deutsches Nachrichten-Büro, 11.VII.40.)

Nazi-"Volksgemeinschaft" in der Praxis

Wer Geld hat kann in Deutschland lustig leben

(ITF) Die Fleisch- und Fettrationen sind in Deutschland knapp bemessen, Eier sind begehrt. Auf dem Papier steht jedem Deutschen die gleiche Ration zur Verfügung, aber wer Geld hat kann sich Zusatzrationen kaufen. Die Arbeiter müssen mit ihren Rationen auskommen, doch grosse Schleichhandelsorganisationen versorgen die besseren "Volksgenossen", sodass sie nicht von Kräften kommen und weiter von Nazi-"Volksgemeinschaft" und "gemeinsam getragener Not" reden können.

Man kann sich ein Bild vom Umfang des Schleichhandels machen, wenn man im Wiener Justizpressedienst liest, dass die durch Zufall ertappten sechs Schleichhändler, die in einer einzigen Woche vor Gericht standen, 1.266 Pfund Fleisch, 500 Eier und 30 Pfund Fett hintenherum ohne Karten verkauft hatten. Für ein Pfund "Schweinefleisch ohne" wurde statt des offiziellen Höchstpreises von 80 Pfg. 1,75 bis 3 RM gefordert - und bezahlt. Ein Bauer wurde an dem Tag erwischt, an dem er wieder einmal 9 je 20 Pfund schwere Lebensmittelpakete an Stützen der Nazi-Gesellschaft senden wollte. Ein paar Tage später musste festgestellt werden, dass ein einziger Schlachter nach und nach 2.400 Pfund Fleisch ohne Marken verkauft hatte, ein anderer Schlachter gar 13.000 Pfund. Sechs Monate konnten sie ihren Schleichhandel fortsetzen, bevor sie angezeigt wurden.

Dass es in Deutschland Bauern und Händler gibt, die die Lebensmittelknappheit ausnutzen, ist nicht weiter verwunderlich. Aber die Schleichhändlerprozesse enthüllen die ganze Heuchelei der Nazibonzen: es gibt in Deutschland Zehntausende "Volksgenossen" mit dem Hakenkreuz, die den Massen Durchhalter predigen, ja erklären, dass die Schwerarbeiterrationen noch zu hoch sind, die sich aber für ihren "Alten-Kämpfer"-Bauch hintenherum nicht genug Zusatzrationen besorgen können.

(Für die Red.: Wiener Justizpressestelle, 15 - 23. Juli; 31. Juli 1940.)

Seife nicht für jedermann  
in Deutschland

(ITF) Mit Kriegsausbruch wurde in Deutschland Seife scharf rationiert. Seit über einem Jahr erhält man nur ein 75 g-Stück fettarmer Kriegsseife im Monat, ein hal-

bes Pfund Seifenflocken und alle 4 Monate 1 Stück Rasierseife. Doch vielerorts gab es in den Arbeitervierteln noch nicht einmal diese kleine Seifenration, denn die sieben Jahre im Geiste nationalsozialistischer "Volksgemeinschaft" erzogenen Händler belieferten mit der Seife der Armen ihre guten Kunden. Auf Beschwerden versicherten die Nazi-Stellen trocken, es sei genug Seife vorhanden, die Seifenrationen seien nur verschoben worden. Nachprüfungen der Verkaufsstellen hatten die Feststellung zum Ergebnis", berichtet der "Deutsche Volkswirt", "dass die geltenden Verteilungsbestimmungen hier und da (?) zugunsten eines gewissen kleinen "corriger la fortune" ausser Acht gelassen worden waren. Das hatte wiederum unerwünschte Auswirkungen... Es kam zu örtlichen Versorgungsstörungen und zu einem gelegentlichen (?) Mangel an diesem oder jenem Wasch- oder Reinigungsmittel, Erscheinungen, die in keiner Weise durch die Versorgungslage an sich bedingt waren". - Die Seifen der gewöhnlichen "Volksgenossen" waren nur den besseren "Volksgenossen" geliefert worden...

(Für die Red.: "Deutscher Volkswirt" Nr. 40 vom 5.VII.40.)

Nazi-Professor sagt:  
Arbeiter essen zu viel

(ITF) Nacht- und Langarbeiter erhalten in Deutschland zusätzliche Brotrationen. Das deutsche Institut für Arbeitsphysiologie lässt jetzt durch seinen Professor Lehmann

mitteilen, dass seiner Auffassung nach diese Zusatzration zu hoch sei und gekürzt werden könnte.

Vorsichtshalber sagte der Professor das nicht in der Betriebsversammlung einer Nachtschicht sondern in einer englischen Rundfunksendung nach den Vereinigten Staaten.- (Für die Red.: Zeesen, 19.IX.40.)

Verschlechterung der Kleiderkarten  
für Arbeiter

(ITF) Arbeits- und Berufskleidung konnte man in Deutschland zunächst auf Bezugsschein ohne Abgabe von Kleiderkarten-Abschnitten kaufen. Aber da

einem Nazi-Beamten eingefallen ist, dass Arbeitskleidung auch ausserhalb der Arbeitszeit getragen werden kann, muss jetzt beim Kauf von Arbeitskleidern bis zur Hälfte der Normalpunktzahl abgeliefert werden.

Mietwucher in Deutschland

(ITF) Jahrelang haben die Nazis Befestigungen, Rüstungsfabriken und Bonzenpaläste statt Wohnungen gebaut. Die Wohnungsnot wurde von Jahr zu Jahr drückender. Die durch den Krieg verursachte

Beschränkung des Wohnungsbaus verschärfte sie weiter. - Die Mieten dürfen in Deutschland zwar nicht offen erhöht werden, aber selbst vom Reichskommissar für die Preisbildung "ist vielfach die Beobachtung gemacht worden, dass Hauseigentümer die Durchführung von Reparaturen ohne hinreichenden Grund unter Hinweis auf die Kriegsverhältnisse ablehnen" und so Mieter zur Bezahlung der Reparaturen zwingen.

Besonders die auf Schlafstellen und möblierte Zimmer angewiesenen Arbeiter leiden unter der Mietssteigerung: "die Zusammenballung grosserer Arbeitermassen an Orten mit kriegswichtiger Industrie hat zu einer Verknappung und zu ungerechtfertigten Preissteigerungen bei Schlafstellen und möblierten Zimmern geführt", konstatiert der Preiskommissar.

Die Wohnungsschieber verdienen. In Wien haben Nazi-Angestellte des städtischen Wohnungsamts es beim Verschieben von Wohnungen so toll getrieben, dass die Polizei eingreifen musste.

(Für die Red.: Runderlass des Preiskommissars Nr. 55/40, IX-175-786.)

Fortsetzung von S. 144 dieser Ausgabe

Ihr werdet Euch vielleicht wundern, dass wir in England jetzt Streiks verboten haben. Wir taten das nur, um den Kampf gegen Hitler zu verstärken und die englische Verordnung, die Streiks und Aussperrungen verbietet, ist keine Nazi-Verordnung. Sie erkennt an, dass die Arbeiter Beschwerden haben, die zu prüfen sind und denen Rechnung getragen werden muss. Die Verordnung richtet daher eine Schlichtungsorganisation ein, die Streiks vermeidbar macht. Aber sie geht weiter und zwingt alle Unternehmer, ihren Arbeitern Tariflöhne zu zahlen und tarifliche Arbeitsbedingungen zu sichern. Die Verordnung erkennt die Arbeiter als vollberechtigte Staatsbürger an, sieht in ihnen nicht nur blosse Anhängsel zur Kriegsmaschine.- In Deutschland aber wird der Arbeiter von den Nazis nicht als Mensch sondern nur als Sache, als "Arbeitskraft" und "Gefolgschaft" betrachtet. Er hat bei der Regelung seiner eigenen Angelegenheiten nicht mitzureden.- Nur so lange Hitler das Volk niederhalten kann, kann die Arbeitsfront auf ihre Weise arbeiten".

(Aus einem Vortrag des englischen Gewerkschafters John Price)

Am Radio abgehört

haben wir u.a.:

Hitler fürchtet Bomben	=	B.B.C.
Weshalb man Euch das Streikrecht nahm	=	B.B.C.

Hitler fürchtet Bomben

(ITF) Der Mann, der diesen Krieg wollte, zittert um sein armseliges Leben. Er hat in London darum gebeten, dass nur die Häuser anderer Deutscher bombardiert werden. Eine der führenden politischen Schriftsteller Englands berichtete den deutschen Hörern am 19. September von Hitlers Feigheit:

"Hitler hat durch Vermittlung eines Neutralen vorgeschlagen, dass der königliche Palast in London und die deutsche Reichskanzlei in Berlin von gegenseitigen Bombardierungen ausgenommen werden sollten. Die britische Regierung erklärte auf diese Anregung hin, dass es in England, wenn es um das Tragen der gemeinsamen Not gehe, für die Hochgestellten keine Privilegien geben könne und geben würde. Sie lehnte den feigen Vorschlag des deutschen Führers selbstverständlich ab".

(Für die Red.: Vgl. "Faschismus" vom 26. Dezember 1939.)

Weshalb man Euch das Streikrecht nahm...

(ITF) "Jetzt erzählen die Nazis den holländischen Arbeitern, dass die Gewerkschaften den Arbeitern nur Unheil brachten. Sie sagen, eine der Hauptwaffen der Gewerkschaften ist der Streik und Streiks hätten den holländischen Arbeitern unsagbares Leid gebracht. Sie erzählen, dass die Arbeiter jahrelang an den Schulden abzuzahlen gehabt hätten, die sie während eines Streiks machen mussten - Schulden beim Bäcker und Schlachter - und dass, wenn sie die Schulden gerade abgezahlt hatten, schon ein neuer Streik kam.

In keinem Land braucht man den Arbeitern und den Frauen von der Not zu erzählen, die ein Streik mit sich bringt, vor allem wenn er lange dauert. Sie wissen am besten, was ein Streik bedeutet. Aber sie werden sich nicht weismachen lassen, dass sie ihr lebenslang Streikschulden abzuzahlen hätten. Ein Streik ist nichts Angenehmes und die Arbeiterschaft greift nicht leichtfertig zum Streik. Aber manchmal bleibt kein anderer Weg. Und oft haben Gewerkschaften aller Länder den grössten Fortschritt durch Streik erkämpft.

Durch Streik wurde in Deutschland Arbeitszeitverkürzung durchgesetzt. Der Arbeitstag wurde von 16 auf 14 Stunden verkürzt, auf 12, 10 und dann auf 8 Stunden. Heute, unter dem Naziregime, sind Streiks verboten und man verlangt von Euch, dass Ihr 10, 12, 14 und 16 Stunden täglich arbeitet. Das fing nicht erst mit dem Kriege an, sondern schon Jahre vorher.

Immer wieder hat man in Deutschland durch Streiks Lohnerhöhungen erkämpft. Mit dem Streikverbot wollte das Naziregime u.a. die Arbeiter daran hindern, Lohnerhöhung oder Teuerungszulagen durchzusetzen.

Aber noch stehen Euch bestimmte Streikmethoden offen. Erprobt sie! Unterstützt Eure Forderung auf Teuerungsausgleich durch Langsam-Arbeiten. Sagt z.B., dass Ihr zu schwach für schwere Arbeit seid, weil Ihr nicht genug zu essen habt. Dann werdet Ihr sehen, welche wirksame Waffe Arbeitsverweigerung gegen Ausbeutung ist.

Will man die Leiden, die ein Streik mit sich bringt, vermeiden, dann darf man nicht Streiks verbieten, so wie Hitler das tat, sondern dann muss man die Verhältnisse ändern, die die Arbeiter zum Streik zwingen. Die Nazipropagandisten sagen, dass Ihr nicht mehr zu streiken braucht, weil die Arbeitsfront sich Eurer Beschwerden annimmt. Aber hat die Arbeitsfront die Not der Arbeiter beseitigt? Wahrlich nicht! Nie gab es in Deutschland mehr Grund zum Arbeitskampf als gerade heute!

Wie man es in England macht. - In England haben wir eine Organisation zur Schlichtung von Differenzen aufgebaut, ganz so wie Ihr es einst tatet, bevor Hitler an die Macht kam und jeden Fortschritt unmöglich machte. Früher war der Streik oft das einzige Mittel, durch das der Arbeiter seine Forderungen geltend machen konnte. Wir haben erkannt, dass Streikverbot keinen Arbeitsstreit löst, sondern dass man Streiks nur vermeiden kann, wenn man dem Arbeiter die Möglichkeit gibt, seine Beschwerden zu vertreten und die Sicherheit, dass ihnen Rechnung getragen wird.

Das ist der Weg: freie und freiwillige Verhandlung zwischen gleichberechtigten Arbeitern und Unternehmern, nicht das Diktat einer Partei, die sich hinter einer Arbeitsfront versteckt.

Streiks können nur vermieden werden, wenn die Rechte und Interessen der Arbeiter vertreten werden. Derartige Verhandlungen aber gibt es heute in Deutschland nicht. Selbst bei Verhandlungen beim Treuhänder der Arbeit sind die Unternehmer und die (Nazi-)Partei vertreten, nicht aber die Arbeiterschaft. - (Fortsetzung auf der vorhergehenden Seite dieser Ausgabe.)